Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Bekanntmachung

Die 6. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben findet am Donnerstag, den 14.11.2019 statt.
Beginn: 17:00 Uhr
Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Bestätigung der Tagesordnung

2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 24.10.2019

3 Beratung zu Beschlussvorlagen

4 Beratung zu aktuellen Themen

4.1 CarSharing in Stralsund fördern
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0123/2017

4.2 Einführung "City-Ticket" und "City-mobil" der DB AG für Stralsund
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0077/2017

5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

6 Beratung zu Beschlussvorlagen

6.1 Gesellschafteraufgaben: Wirtschaftspläne, Jahresabschlüsse sowie Übersichten der Unternehmen
Vorlage: ZU 0025/2019

7 Beratung zu aktuellen Themen –keine-

8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Bernd Buxbaum
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Niederschrift
der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 24.10.2019
Beginn:	17:00 Uhr
Ende	18:45 Uhr
Raum:	Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r
Herr Rocco Pantermöller

Mitglieder
Herr Michael Adomeit
Herr Volker Borbe
Herr Bernd Buxbaum
Herr André Meißner
Herr Peter Paul
Frau Birkhild Schönleiter
Herr Heiko Werner

Vertreter
Frau Marianne Störmer

Protokollführer
Frau Gaby Ely

von der Verwaltung
Frau Steffi Behrendt
Herr Rainer Behrndt
Frau Heike Benz
Frau Katrin Fischbeck
Frau Susanne Kleine
Frau Sylvia Krawutschke
Frau Charlotte Mähl

Gäste
Herr Frank Fanter
Herr Peter Friesenhahn
Herr Gerd Habedank
Herr Mathias Reeck
Herr Carsten Schwarzlose
Herr Peter Sobottka
Herr Ulf Klingenberg
Frau Christiane Stempin
Herr Thoralf Johns
Frau Annett Mülling
Herr Siegfried Dienel
Herr Kai Lachmann

Tagesordnung:

1 Bestätigung der Tagesordnung

2 Wahlen

2.1 Wahlen der/des Ausschussvorsitzenden

2.2 Wahl des/der 1. Stellvertreters/in der/des Ausschussvorsitzenden

3 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 12.09.2019 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 19.09.2019

4 Beratung zu Beschlussvorlagen

5 Beratung zu aktuellen Themen

5.1 Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018

5.2 Städtepartnerschaft mit der Russischen Föderation

6 Verschiedenes

10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den 2. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Herrn Pantermöller, eröffnet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Buxbaum stellt den Antrag, Herrn Dienel unter TOP 5.2 Rederecht zu erteilen.
Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

Somit erhält Herr Dienel Rederecht zu TOP 5.2.

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Wahlen

zu 2.1 Wahlen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Pantermöller bittet um Vorschläge zur Wahl des/der Ausschussvorsitzenden.

Herr Pantermöller schlägt Herrn Buxbaum als Ausschussvorsitzenden vor.

Herr Pantermöller lässt über den Vorschlag wie folgt abstimmen:

Abstimmung: 6 Zustimmungen 1 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

Herr Buxbaum ist somit zum Ausschussvorsitzenden gewählt.

Herr Buxbaum dankt für das entgegengebrachte Vertrauen und nimmt die Wahl an.

Herr Pantermöller übergibt die Sitzungsleitung an den neu gewählten Ausschussvorsitzenden.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 1 Gegenstimme 2 Stimmenthaltungen

zu 2.2 Wahl des/der 1. Stellvertreters/in der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Buxbaum bittet um Vorschläge zur Wahl des/der 1. Stellvertreters / 1. Stellvertreterin des Ausschussvorsitzenden.

Herr Paul schlägt Herrn Meißner als 1. Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden vor.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Vorschlag wie folgt abstimmen:

Abstimmung: 9 Zustimmungen Gegenstimmen Stimmenthaltungen

Herr Meißner ist somit zum 1. Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden gewählt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 12.09.2019 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 19.09.2019

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 12.09.2019 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 19.09.2019 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen im öffentlichen Teil der Sitzung zur Beratung vor.

zu 5 Beratung zu aktuellen Themen

zu 5.1 Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018

Frau Benz berichtet über den aktuellen Sachstand.

Frau Benz erläutert, dass im März 2019 der Beschluss gefasst wurde, nach dem Vorbild der Weihnachtsbeleuchtung in der Ossenreyerstraße in der Heilgeiststraße mit 20 möglichen Standorten zu beginnen. Um ein angemessenes weihnachtliches Bild zu erwecken, müssten 15 Standorte erzielt werden. Im Zuge dieser Überlegungen wurden 40 Hauseigentümer angeschrieben, von denen jedoch nur 20 Rückmeldungen eingetroffen sind. Für die Realisierung benötigt man zwei Zustimmungen der Eigentümer gegenüberliegender Häuser. Bisher liegen 7 Zustimmungen als Paar vor.
Frau Benz gibt bekannt, dass die betreffenden Eigentümer im Zusammenhang mit der Schilderung des genauen Vorhabens erneut angeschrieben worden sind. Die Mittel zur Durchführung sind bereits für den Haushalt im Jahr 2020 angemeldet.

Herr Meißner begrüßt das Vorhaben und teilt die Bitte des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung bzgl. der Weiterverfolgung und Umsetzung mit.

Herr Buxbaum erfragt, ob das erneute Anschreiben der Hauseigentümer mehr Resultate brachte. Frau Benz erwidert, dass viele Hauseigentümer ihre Sorge um die jeweilige Hausfassade kundgetan haben. Jedoch seien diese Sorgen unbegründet, da die Anbringung von weihnachtlicher Beleuchtung über unschädliche Wandhaken erfolge.

Der Ausschuss spricht sich einstimmig dafür aus, das Vorhaben weiterzuverfolgen.
Der Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen erneut beraten.

zu 5.2 Städtepartnerschaft mit der Russischen Föderation

Frau Behrendt stellt sich als Amtsleiterin des Amtes für Kultur, Welterbe und Medien vor.

Der Prüfauftrag zur Gründung einer russischen Städtepartnerschaft wurde dem Fachamt zugewiesen. Die Delegation der Hansestadt Stralsund knüpfte dieses Jahr bei den internationalen Hansetagen der Neuzeit in Pskow an den Auftrag an. Die Stadt Pskow pflegt bereits zwei deutsche Städtepartnerschaften, so dass eine Städtepartnerschaft mit Pskow von Seiten des Amtes für Kultur, Welterbe und Medien nicht empfohlen wird. Frau Behrendt weist auf drei optionale Gebiete hin. Es werden das Petersburger Gebiet, Kamtschatka und Wladiwostok genannt.

Sobald eine institutionelle Partnerschaft beginnt, muss diese für beide Seiten einen Nutzen haben. Zurzeit seien eher projektbezogene Partnerschaften im Trend.

Herr Buxbaum bittet Herrn Dienel um weitere Ausführungen.

Herr Dienel stellt sich als Organisator der Russlandtage vor. Er verliest eine E-Mail der russischen Stiftung Frieden aus der Zweigstelle Kaliningrad.

Die technische Universität Kaliningrad schickt Ende des Jahres eine Delegation nach Stralsund.
Herr Dienel betont, dass Kaliningrad sehr an einer Zusammenarbeit interessiert ist. Er bietet an, seine bestehenden Kontakte zu nutzen.

Herr Buxbaum erwähnt, dass bereits eine Städtepartnerschaft zwischen Rostock und Kaliningrad existiert.

Auf Nachfrage von Herrn Adomeit teilt Frau Behrendt mit, dass sich unter dem Punkt 1 der Zuarbeit die Region Königsberg im Petersburger Gebiet wiederfindet.

Herr Meißner spricht sich für projektbezogene Partnerschaften aus. Außerdem regt er an, bestehende Kontakte zu nutzen und zu intensivieren.

Herr Paul spricht sich dafür aus, die bereits bestehenden Städtepartnerschaften zu pflegen und weist auf den hohen Arbeitsaufwand für die Verwaltung hin.

Weiterhin merkt Frau Behrendt an, dass die facettenreichen Möglichkeiten nicht nur in Bezug auf Städtepartnerschaften und Projekte, welche bereits vorhanden sind (Schüleraustauch, Theater), genutzt und wenn möglich, unterstützt werden sollten.
Es bestehen Kontakte zu Russland, eine Städtepartnerschaft ist aber nicht zwingend notwendig.

Herr Dienel wird die E-Mail der russischen Stiftung über Herrn Buxbaum an die Ausschussmitglieder weiterleiten und bittet darum, eventuell ein freundschaftliches Treffen mit der oben genannten Delegation in Betracht zu ziehen.

Herr Buxbaum schlägt den weiteren Verfahrensweg vor und lässt über diesen abstimmen. Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, die Arbeit der Verwaltung zu unterstützen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltung

zu 6 Verschiedenes

Herr Buxbaum bezieht sich auf einen Zeitungsartikel, in dem es um die Kündigung des Pachtvertrages für das „Fischermanns“ geht. Er plädiert dafür, dass die Verwaltung bei solchen Vorhaben langfristig mit den Pächtern spricht.

zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben den entsprechenden Gremien empfiehlt, die Vorlagen B 0057/2019, H 0081/2019, H 0069/2019, H 0074/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.
Die in der Zuarbeit ZU 0024/2019 behandelten Nachtragswirtschaftspläne, Wirtschaftspläne, der Jahresabschluss sowie die Übersichten über die wirtschaftliche Entwicklung werden bestätigt bzw. zustimmend zur Kenntnis genommen.

gez. Bernd Buxbaum
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund

Anträge
Vorlage Nr.: AN 0123/2017
öffentlich

Titel: CarSharing in Stralsund fördern
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Federführung:	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum:	10.10.2017
Einreicher:	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen		

Beratungsfolge	**Termin**	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen Maßnahmen und an welchen Stellen in der Hansestadt eine privilegierte Behandlung von Car-Sharing- Anbietern und CarSharing-Nutzern, vor allem auch in Bezug auf Parkmöglichkeiten, geschehen kann.

Zudem soll durch den Oberbürgermeister geprüft werden, wie diese Maßnahmen in bestehende Verkehrs- und Mobilitätskonzepte der Hansestadt eingearbeitet werden können und eine Abstimmung hierzu mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen erfolgen. Die entsprechenden Fachausschüsse (mind. BUStA und WTGA) sowie Fachverbände (u.a. der VCD) sind regelmäßig zu informieren und umfassend zu beteiligen.

Begründung:

Am 01. September ist das CarSharing-Gesetz auf Bundesebene in Kraft getreten.
Der scheidende Verkehrsminister Dobrindt, welcher kürzlich in unserer Hansestadt zu Besuch war, lässt zum CarSharing auf der Homepage des Verkehrsministeriums Folgendes vermelden: „CarSharing liegt voll im Trend, ist sehr beliebt und hat großes Wachstums-potenzial. Wir wollen dem CarSharing noch mehr Dynamik ermöglichen. Dazu gehört, dass wir weitere Vorteile für CarSharingautos schaffen und so diese Form der Mobilität besonders fördern.“ (Quelle: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/LA/carsharing-gesetz.html; zuletzt abgerufen am 09.10.2017)

Die gemeinschaftliche Nutzung von Kraftfahrzeugen führt zu ökologischen Vorteilen, beispielsweise durch geringeren Ressourcenverbrauch in der Produktion von Kraftfahrzeugen. Zudem wollen wir über eine verstärkte Unterstützung für CarSharing in der städtischen Verkehrs- und Mobilitätsplanung aber auch den Parksuchverkehr und den ruhenden Verkehr reduzieren. Dies kann helfen, den Parkraum in der Stadt effizienter zu nutzen.

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.4
CarSharing in Stralsund fördern
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0123/2017

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen Maßnahmen und an welchen Stellen in der Hansestadt eine privilegierte Behandlung von Car-Sharing- Anbietern und CarSharing-Nutzern, vor allem auch in Bezug auf Parkmöglichkeiten, geschehen kann.

Zudem soll durch den Oberbürgermeister geprüft werden, wie diese Maßnahmen in bestehende Verkehrs- und Mobilitätskonzepte der Hansestadt eingearbeitet werden können und eine Abstimmung hierzu mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen erfolgen. Die entsprechenden Fachausschüsse (mind. BUStA und WTGA) sowie Fachverbände (u.a. der VCD) sind regelmäßig zu informieren und umfassend zu beteiligen.

Beschluss-Nr.: 2017-VI-07-0692

Datum: 19.10.2017

Im Auftrag

Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift
über die 07. Sitzung der Bürgerschaft am 19.10.2017

Zu TOP : 9.4
CarSharing in Stralsund fördern
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0123/2017
Herr Dr. von Bosse begründet den Antrag ausführlich. Untersuchungen haben ergeben, dass CarSharing auch in kleinen und mittelgroßen Städten gut funktioniert und angenommen wird, z.B. in Flensburg. Gerade in der Altstadt nimmt der Parkdruck zu. Daher ist diese neue Initiative sinnvoll und auch eine gute Ergänzung zum ÖPNV. Er bittet, den Prüfauftrag zu unterstützen.

Herr Meier erklärt für die CDU/FDP-Fraktion, dem Antrag zuzustimmen. Im Hinblick auf die Größe der Hansestadt Stralsund sieht er das Vorhaben dennoch etwas kritisch.

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0123/2017 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen Maßnahmen und an welchen Stellen in der Hansestadt eine privilegierte Behandlung von Car-Sharing- Anbietern und CarSharing-Nutzern, vor allem auch in Bezug auf Parkmöglichkeiten, geschehen kann.

Zudem soll durch den Oberbürgermeister geprüft werden, wie diese Maßnahmen in bestehende Verkehrs- und Mobilitätskonzepte der Hansestadt eingearbeitet werden können und eine Abstimmung hierzu mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen erfolgen. Die entsprechenden Fachausschüsse (mind. BUStA und WTGA) sowie Fachverbände (u.a. der VCD) sind regelmäßig zu informieren und umfassend zu beteiligen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-07-0692

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 01.11.2017

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift
über die 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung
am 13.09.2018

Zu TOP : 4.1
CarSharing in Stralsund fördern
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0123/2017
Herr Bogusch weist darauf hin, dass sich das Carsharing Gesetz inhaltlich ausschließlich auf Bundesstraßen und Ortsdurchfahrten bezieht. Für Landes,- Kreis- und Kommunalstraßen wird durch das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V derzeit an einer entsprechenden Gesetzesvorlage gearbeitet, sodass über eine Sondernutzung Carsharing möglich wird. Da es noch keine genauen gesetzlichen Regelungen gibt, sind die Möglichkeiten eingeschränkt.
Die Firma Flinkster hat eine Anfrage an die Stadt gestellt, weitere Carsharingangebote machen zu wollen, dies ist momentan aber nur auf städtischen Flächen umsetzbar.

Auf die Frage von Herrn Suhr antwortet Herr Bogusch, dass es Überlegungen gibt, mit den Stadtwerken in diesem Bereich zusammen zu arbeiten. Denkbar wäre es Poolfahrzeuge, wenn Sie von Mitarbeitern nicht genutzt werden, zur Verfügung zu stellen.

Herr Bogusch geht davon aus, dass es auch eine Frage des Klientels ist, wie gut Carsharing angenommen wird.

Auf den Einwand von Herrn Haack antwortet Herr Bogusch, dass in Berlin, wo es einige Stellflächen für Carsharing-Fahrzeuge gibt, die Gesetze eventuell schon angepasst wurden.

Herr Suhr fragt, ob die Möglichkeit besteht, Abstellflächen in Parkhäusern für Carsharing zu nutzen. Herr Bogusch bestätigt die Möglichkeit.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Gaby Ely

Stralsund, 22.11.2018

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift
über die 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 03.05.2018

Zu TOP : 4.2
CarSharing in Stralsund fördern
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0123/2017
Herr Bogusch weist darauf hin, dass dieses Thema aufgrund eines Bürgerschaftsbeschlusses zustande gekommen ist. Aus diesem Grund wurde die Verwaltung beauftragt, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen. Die Bundesregierung hat zuvor ein CarSharing Gesetz erlassen, welches die Rechtsgrundlage bildet. Das Gesetz existiert bereits, allerdings gibt es keine genauen Angaben für z. B. Parkplätze. Des Weiteren gibt es hierfür noch keine Änderung in der StVO, diese ist aber erforderlich. Deswegen ist es der Straßenverkehrsbehörde noch nicht möglich, Parkplätze als CarSharing Parkplätze auszuweisen. Derzeit gibt es noch keine Rechtsgrundlage für die tatsächliche Umsetzung. Wenn es Interessenten gibt, die CarSharing in Stralsund anbieten möchten, funktioniert dies auch ohne großes Konzept.

Herr Bauschke möchte wissen, wie groß der Bedarf an CarSharing in Stralsund ist.

Herr Bogusch erläutert, dass das Thema CarSharing in Stralsund von großer Bedeutung sein könnte. Da in der Altstadt die Parkmöglichkeiten sehr begrenzt sind, würde CarSharing eine bessere Alternative zum Privat-KfZ darstellen.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt keinen weiteren Redebedarf fest und bedankt sich für die Ausführungen.

Das Thema wird zu einem späteren Zeitpunkt erneut im Ausschuss beraten.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Gaby Ely

Stralsund, 16.08.2018

TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund

Anträge
Vorlage Nr.: AN 0077/2017
öffentlich

Titel: Einführung "City-Ticket" und "City-mobil" der DB AG für Stralsund
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Federführung:	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum:	26.06.2017
Einreicher:	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen		

Beratungsfolge	**Termin**	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird dazu beauftragt, mit der Deutschen Bahn AG und dem Landkreis Vorpommern-Rügen in Verhandlungen einzutreten, um die Modelle „City-Ticket“ und „City mobil“ auch für die Hansestadt Stralsund einzuführen.

Begründung:

Das „City-Ticket“ ermöglicht BahnCard-Inhabern den innerstädtischen Nahverkehr im Anschluss an die Bahnfahrt zu nutzen. Insbesondere Touristen profitieren von dieser barrierefreien Möglichkeit. In Mecklenburg-Vorpommern ist dieses Angebot bereits in Rostock, Greifswald und Schwerin nutzbar. Bundesweit sind 124 Städte beteiligt.

„City mobil“ ermöglicht es den Bahnkunden, ihre ÖPNV-Fahrkarte gleich am Bahnschalter oder online mit zu buchen und somit weniger Aufwand zu haben. Dieses Modell ist in Mecklenburg-Vorpommern bereits in der Hansestadt Rostock nutzbar.

TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.5
Einführung "City-Ticket" und "City-mobil" der DB AG für Stralsund
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0077/2017

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0077/2017 zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird dazu beauftragt, mit der Deutschen Bahn AG und dem Landkreis Vorpommern-Rügen in Verhandlungen einzutreten, um die Modelle „City-Ticket“ und „City mobil“ auch für die Hansestadt Stralsund einzuführen.

Beschluss-Nr.: 2017-VI-05-0633

Datum: 06.07.2017

Im Auftrag

Kuhn

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift
über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 06.07.2017

Zu TOP : 9.5
Einführung "City-Ticket" und "City-mobil" der DB AG für Stralsund
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0077/2017
Herr Suhr stellt die im Antrag genannten Modelle vor. Das Anliegen wäre wichtig für den Tourismus in der Hansestadt Stralsund.

Herr Schwarz beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben.

Herr Suhr stimmt dem Antrag zu.

Der Präsident lässt die Mitglieder der Bürgerschaft über die Verweisung des Antrags AN 0077/2017 in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0077/2017 zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird dazu beauftragt, mit der Deutschen Bahn AG und dem Landkreis Vorpommern-Rügen in Verhandlungen einzutreten, um die Modelle „City-Ticket“ und „City mobil“ auch für die Hansestadt Stralsund einzuführen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-05-0633

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 13.07.2017

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift
über die 07. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 27.07.2017

Zu TOP : 4.1
Einführung "City-Ticket" und "City-mobil" der DB AG für Stralsund
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0077/2017
Gast: Herr Lang

Herr Lang geht auf bereits bestehende Kooperationen mit der Bahn ein.
Bisher gab es zu den Ticketvarianten City-mobil und City-Ticket noch keine Gespräche mit der Bahn. Es besteht außerdem ein hoher Verwaltungsaufwand.
Aus Sicht der Verkehrsgesellschaft macht das City-mobil Modell aus finanziellen Gründen keinen Sinn. Es müssten außerdem spezielle Geräte für die Anerkennung von Online-Tickets angeschafft werden.
Das City-Ticket könnte eingeführt werden, da hier keine Verluste entstehen und der Aufwand nicht hoch ist.
Der Gesellschafter der Verkehrsbetriebe kann diese beauftragen, in Verhandlungen mit der Bahn einzutreten.

Herr Schwarz merkt an, dass es Ziel solcher Kooperationen ist, die Auslastung zu erhöhen.
Zu Rostock kann Herr Lang keine Angaben machen.
Sollten Verhandlungen mit der Bahn ergeben, dass dem VVR keine Verluste entstehen, besteht die Möglichkeit beide Varianten einzuführen.

Herr Ihlo sieht die Zuständigkeit beim Kreistag. Aus seiner Sicht sollte das Modell abgelehnt werden, wenn es der Verkehrsgesellschaft Verluste einbringt.

Auf den Einwand von Herrn Prof. Dr. Gronau erwidert Herr Schwarz, dass Stralsund als Teil des Kreises durchaus dazu berechtigt ist, Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Herr Schwarz stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Gaby Ely

Stralsund, 01.04.2019